



SCHWEIZERISCHE AUSSENPOLITIK: DIE FUNDAMENTE UND DIE ZIELE

Vortrag gehalten von Botschafter Dr. Albert Weitnauer  
vor den höheren Beamten des österreichischen Aussenministeriums  
in Wien am 30. Mai 1978

Vor einem österreichischen Publikum über die Politik eines neutralen Landes zu sprechen heisst fast Eulen nach Athen tragen. Wenn Oesterreich je die Schweiz als Vorbild betrachtet hat, so ist diese Zeit längst vergangen, so sehr hat es Oesterreich in den letzten 23 Jahren verstanden, die nach schweizerischem Muster geformte Neutralität auszubauen und Früchte tragen zu lassen, sie dem Lande selbst und der Welt nutzbar zu machen. Der Schüler hat - wenn wir für einen Augenblick innerhalb der gleichen Betrachtungsweise bleiben wollen - den Meister seit langem überholt und in den Schatten gestellt.

Ich weiss, dass für die österreichischen Bemühungen, sich in Europa und in der Welt überhaupt zu verankern, systematisch eine aktive Rolle zu spielen, besondere Gründe massgebend sind. Sie haben eben gerade mit der Jugend der österreichischen Neutralität zu tun, aber auch mit der geographischen Exponiertheit des Landes, und nicht zuletzt mit der Neigung des österreichischen Volkes für internationale Politik. Diese Neigung ist - vergessen wir es nicht - getragen von Ueberzeugungen, die gar nicht entschiedener die westliche politische, soziale und menschliche Lebensart widerspiegeln könnten. Den Bestrebungen der aufeinanderfolgenden österreichischen

Regierungen, Oesterreichs Position in der Welt zu festigen, es zu einem geachteten, in jeder Beziehung respektierten und tatkräftigen Mitglied der Völkergemeinschaft zu machen, ist ein voller Erfolg beschieden gewesen. Ich stehe daher nicht an, meine Ausführungen mit aufrichtigen Glückwünschen an die Adresse aller derjenigen, die auf dieses Ziel hingearbeitet haben, zu beginnen.

Trotz Ihrer genauen Kenntnis der schweizerischen Verhältnisse ist es vielleicht doch nützlich, wenn ich in kurzen Worten die schweizerische Politik, ihre Fundamente und ihr Potential vor Ihnen darlege. Da die schweizerische Aussenpolitik im Fluss begriffen ist und wir etwas Mühe haben, mit der offiziellen Formulierung ihrer Bestandteile immer auf der Höhe der Zeit zu sein, tragen meine Ausführungen - zu einem Teil wenigstens - persönlichen Charakter. Auch möchte ich nicht zu lange bei gewissen Einzelheiten verweilen, um angesichts der beschränkten Zeit der Diskussion möglichst breiten Raum vorzubehalten.

Das Fundament der schweizerischen Aussenpolitik ist, ich kann es nicht genügend betonen, noch immer die immerwährende und bewaffnete Neutralität. Von ihr geht alles aus, was wir in unseren internationalen Beziehungen tun, und zu ihr kehrt alles zurück. Die Neutralität ist die Bastion des schweizerischen Staates. Sie ist - um diesen Nebenpunkt gleich zu erledigen - nicht eine uns auferlegte Staatsmaxime. Wir könnten sie jederzeit ändern, jederzeit einer politischen und militärischen Allianz beitreten oder in

ein vages, schlecht definiertes neutralistisches Fahrwasser abdriften. Wir sind neutral, weil wir neutral sein wollen, weil wir überzeugt sind, dass die Neutralität immer noch die beste Garantie der schweizerischen Souveränität und Unabhängigkeit ist, dass sie sich, in der historischen Perspektive betrachtet, trefflich bewährt hat und wir weit und breit kein besseres Instrument der Wahrung der Interessen des schweizerischen Staates und der Förderung der Wohlfahrt und Sicherheit des Schweizervolkes entdecken können.

Die Bastion Neutralität spielt ihre Rolle in vor allem zwei Richtungen. Sie dient der schweizerischen Aussenwirtschaft - und zwar in hohem Grade - und sie ist unerlässliche Voraussetzung für den gesamten grossen Bereich der humanitären Tätigkeit des schweizerischen Staates und seiner Bürger. Je intakter wir sie erhalten, desto grösser ist der Beitrag, den sie in beiden Richtungen leisten kann.

Lassen Sie mich zunächst ein paar Worte über den wirtschaftlichen Bereich sagen. Dass der schweizerische Staat neutral ist, dass seine Neutralität nach menschlichem Ermessen immerwährend ist, dass sie militärisch durch unsere eigenen Anstrengungen seit jeher im Rahmen unserer Möglichkeiten abgesichert ist: all dies hat dem Land der Schweizer in der Aussenwelt eine Reputation der Ordnung, Stabilität, Zuverlässigkeit und seiner Aussenpolitik den Ruf absoluter Berechenbarkeit eingetragen. Nehmen Sie hinzu, dass uns zwei Weltkriege erspart geblieben sind, so werden Sie verstehen, dass

die potenzierten Wirkungsmöglichkeiten, die der Tätigkeit der schweizerischen Wirtschaft auf allen Weltmärkten zugute kommen, sehr bedeutend sind. In vielen Fällen schliesst man ein Geschäft eher mit der Schweiz als mit einem anderen Lande ab, weil man gewiss ist, dass die Ware pünktlich zur vereinbarten Zeit abgeliefert werden wird, sind uns doch seit vielen Jahrzehnten Arbeitskonflikte praktisch erspart geblieben.

Was ich eben über unsere geordneten Zustände sagte, bedarf einer näheren Erläuterung. Die Schweiz ist ein altes, sicher in sich ruhendes Staatswesen. Das grosse Wunder hat sich in unserem Fall als möglich erwiesen, dass ein so vielfältiges, in mehr als einer Hinsicht zerklüftetes Land wie das unsrige kaum innere Spannungen kennt. Gewiss werden bei uns mehrere Sprachen gesprochen, die alle gleichberechtigt sind, es werden zwei Hauptreligionen bekannt, gewiss auch unterscheiden sich die Schweizer sehr voneinander, je nach ihrer politischen Richtung, je nach dem Kulturkreis, dem sie angehören: aber all dies wird überwunden - teilweise ohne unser Zutun, durch eine glückliche Koinzidenz der Geographie, der Geschichte und des Volkscharakters - durch die fundamentale Einigkeit der Nation. An die berühmte "unité dans la diversité" glaubt jeder Schweizer zutiefst. Er will die Einheit und Einigkeit zugleich mit der Vielfalt. Unser Staatswesen hat deswegen über die Jahrhunderte ungezählte subtile Mechanismen entwickelt, die zu einem Teil in Verfassung und Gesetz verbrieft, zu einem andern Gewohnheitsrecht, oder auch einfach ungeschriebene Regeln des friedlichen

Miteinanderlebens darstellen. In diesen Zusammenhang ist der schweizerische Staat eingebettet, und er spielt seine Rolle nach innen mit einem intensiven, ganz auf den Ausgleich und den schöpferischen Kompromiss orientierten Bemühen. Dies ist der täglich neu manifestierte Wille der schweizerischen Nation, die man eben deshalb eine Willensnation genannt hat.

Der Ausländer mag von allen diesen Dingen nicht viel wissen; aber er kennt das Resultat. Und darum hat die schweizerische Wirtschaft, mit dem nach aussen neutralen, innerlich festgefügt schweizerischen Staat hinter sich, die ausserordentliche Expansion nehmen können, die über die letzten Jahrhunderte stattgefunden hat. Wenn ich Wirtschaft sage, so meine ich sowohl den Export als die Tätigkeit unserer Banken, Versicherungsgesellschaften, Transportunternehmungen und vieler anderer Dienstleistungsbetriebe. Die wirtschaftliche Kraft des Landes hat uns dazu geführt, dass wir heute in absoluten Zahlen die elfte Welthandelsnation sind, der zweite Finanzplatz und der viertwichtigste Investor der Welt. Unser Aussenhandel ist bedeutender als derjenige Brasiliens, Mexikos, Chinas, Australiens und beträgt mehr als die Hälfte desjenigen der Sowjetunion. Natürlich ist die Wirtschaft frei gemäss ihrem Credo der sozialen Marktwirtschaft. Aber - ich wiederhole es - ohne die sichere Bastion der Neutralität des schweizerischen Staates hätten diese Ergebnisse weder erzielt werden können noch würden wir sie aufrechtzuerhalten vermögen. Es ist daher nicht von ungefähr, dass die Führer der schweizerischen Wirtschaft mit zu den entschiedensten

Verteidigern einer strikten Neutralität und Neutralitätspolitik gehören.

Seit sehr langer Zeit stehen auch die humanitären Bemühungen der Schweiz unter dem Machtschutz der Neutralität. Wir feiern dieses Jahr den 150. Geburtstag von Henri Dunant, des Gründers des Roten Kreuzes. Das Emblem des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz - dem nur Schweizerbürger angehören - wie auch der Rotkreuzgesellschaften in aller Welt ist das Schweizerwappen, nur in den Farben umgekehrt. Ich möchte gerne nachher noch ein Wort zur Tätigkeit des IKRK sagen, wenn ich von den neuen Aspekten der schweizerischen Aussenpolitik spreche. Hier liegt mir daran hervorzuheben, dass auch der schweizerische Staat seine humanitäre Tätigkeit hat und, soweit es auf mich ankommt, immer mehr haben sollte. Diese Tätigkeit hat mannigfache Aspekte. Um sie überhaupt weltweit ausüben zu können, haben wir in unserer Aussenpolitik immer auch einen anderen Grundsatz hochgehalten, und dies ist die Universalität unserer diplomatischen Beziehungen. Sie bildete den Anknüpfungspunkt für die guten Dienste, für welche die Schweiz sich zur Verfügung der Völkergemeinschaft hält: die guten Dienste des Landes und die einzelner Schweizerbürger. Auf dem Höhepunkt des letzten Weltkrieges haben wir mehr als 40 Interessenvertretungen für Länder ausgeübt, welche die diplomatischen Beziehungen miteinander abgebrochen hatten oder im Kriegszustand zueinander sich befanden. Heute, mitten im sogenannten Frieden, üben wir noch rund 15 solcher Mandate aus. Dabei war und ist seit 1961 die Vertretung der amerikanischen Interessen in Kuba unser

wichtigster Auftrag. Auch einzelne Schweizerbürger haben immer wieder - und wir hoffen, dass dies auch in Zukunft der Fall sein wird - hohe Aemter in der internationalen Welt bekleidet. Wir können uns nicht eines Generalsekretärs der Vereinten Nationen rühmen wie Oesterreich; aber wir haben zweimal hintereinander der UNO ihren Hochkommissar für Flüchtlinge zur Verfügung gestellt (die Botschafter Lindt und Schnyder). Der Generaldirektor des GATT, Botschafter Olivier Long, ist ein Schweizer. Ich könnte noch viele andere Namen nennen. Wir stellen der UNO zwar keine Blauhelme zur Verfügung, wenn es um die Sicherung des Friedens oder auch nur des Waffenstillstandes in irgendeinem Weltteil geht, aber wir haben ein Katastrophenhilfskorps geschaffen, das in Funktion tritt, wenn immer Erdbeben, Hungersnöte, Ueberschwemmungen oder ähnliche Naturereignisse die Hilfe der mitfühlenden Menschheit erfordern. Es wurde im Jahre 1972 geschaffen und ist dank namentlich freiwilliger Helfer fast ständig irgendwo im Einsatz. Wie immer ist auch hier der gute Name unseres Landes, die Unverdächtigkeit unserer Absichten Voraussetzung für die Annahme unserer Hilfsbereitschaft. Aber sie wäre - ich sagte es schon - ohne die Maxime der Neutralität zwar durchaus denkbar, aber nicht im gleichen Grade wirksam.

Sie könnten auf Grund meiner bisherigen Ausführungen annehmen, dass ich Ihnen von einem Lande spreche, das sich einer Igelstellung als Staatsprinzip verschrieben hat. Dies war gewiss während des letzten Krieges der Fall und hat noch einige Zeit nachgewirkt. Aber der Igel kann auch ein angriffig zupackendes Tier sein. In

den letzten Jahren jedenfalls ist Bewegung in die schweizerische Aussenpolitik gekommen, Bewegung in dem Sinne, dass sie neue Aspekte annimmt und neue Wirkungskreise sucht. Um die Grundfrage gerade vorwegzunehmen, die sich dabei stellt: Können wir diese neuen Aspekte und Wirkungskreise akzeptieren, ohne dadurch die Integrität, die Intaktheit und den jahrhundertealten Ruf unserer ersten Staatsmaxime in Frage zu stellen? Sie als Oesterreicher würden diese Frage wahrscheinlich ohne Bedenken bejahend beantworten. In der Schweiz sind gerade in der öffentlichen Meinung noch grosse Zweifel zu überwinden, und auch die schweizerische Regierung ist bisher nur vorsichtig Schritt für Schritt vorwärts gegangen. Irgendeine Relativierung der Neutralität ist dabei für uns ganz undenkbar.

Hier eine kleine Klammer. Wenn ich von der schweizerischen Politik spreche, so denke ich an die letzten 40 Jahre und nicht an die 18 Jahre, die dem Jahr 1938 vorausgingen und die - zu einem Teil wenigstens - auch einen in meiner Sicht bedauerlichen Bruch mit einer absolut gradlinigen neutralitätspolitischen Vergangenheit manchen Jahrhunderts darstellen. Damals - 1920 - hatte sich in der Tat das Schweizervolk dazu überreden lassen, zusammen mit dem Eintritt unseres Landes in den Völkerbund eine differenzielle Neutralität anzunehmen: Beteiligung der Schweiz wohl an wirtschaftlichen Sanktionen des Bundes, nicht aber an militärischen. Ueber den Beitritt fand eine Volksabstimmung statt, die ein mässig bejahendes Ergebnis zeitigte. Die ungewöhnliche Beredsamkeit unseres

damaligen Aussenministers Giuseppe Motta hat dabei gewiss eine grosse Rolle gespielt, und sicher auch die Illusion, dass mit der Gründung des Völkerbundes der ewige Frieden in der Welt angebrochen sei. Aber Motta selbst war es - seine Amtszeit als Chef des Politischen Departementes reichte von 1920 bis 1940 -, der nach den Erfahrungen des Abessinienkrieges und angesichts der faschistischen und nazistischen Bedrohung der schweizerischen Unabhängigkeit gerade noch rechtzeitig - 1938 (ein Jahr grossen Unheils für Oesterreich) - im Zuge einer umsichtigen diplomatischen Aktion die Rückkehr unseres Landes zur integralen Neutralität mit unseren Völkerbundspartnern aushandelte und ihre Zustimmung hierzu fand.

Die Frage der Vereinbarkeit einer "neuen" schweizerischen Aussenpolitik stellt sich am intensivsten mit Bezug auf den Beitritt zur Nachfolgeorganisation des Völkerbundes: der UNO. Wenn wir den Vereinten Nationen nicht als Gründungsmitglied oder in den ersten Jahren ihrer Existenz beigetreten sind, so war es gewiss wegen der Neutralität, das heisst der offenkundigen Unmöglichkeit, mit der UNO einen Sonderstatus für die neutrale Schweiz zu negoziieren. Heute ist diese Rücksicht für uns, das heisst die Regierung und ihre nächsten Berater, etwas in den Hintergrund getreten. Wir haben festgestellt, dass andere, so ehrenwerte Länder wie Oesterreich und Schweden der UNO angehören und dort sogar eine überaus wichtige Rolle spielen können, ohne dass irgend jemand ihre Neutralität anzweifeln würde. Aber als der Bundesrat seinen letzten Bericht - Mitte des Jahres 1977 - über das Verhältnis der Schweiz

zur UNO herausbrachte (es war der dritte) und das Parlament und seine Kommissionen sich damit beschäftigten, was zu einer gewissen Publizität in den Massenmedien führte, da waren -- und dies ist überaus -- bezeichnend für die Schweiz und die Schweizer -- Einwendungen aus der Öffentlichkeit vor allem wegen der Neutralität zu hören und zu lesen. Sorgenvolle Bürger fragten sich, ob unsere Neutralität nicht darunter leiden, sie an Ueberzeugungskraft, an Wirksamkeit verlieren würde, wenn wir der UNO beiträten. Sie sehen, es spielen da uralte Reflexe, die zeigen, wie tief verwurzelt in der schweizerischen Volksseele unsere erste Staatsmaxime ist. Wir bleiben zwar überzeugt davon, was uns, die "Professionals" betrifft, dass die UNO auch heute keine Verhandlung über die Unberührbarkeit der schweizerischen Neutralität mit uns zu führen geneigt wäre. Wir denken uns aber, dass als Minimum eine autonome Erklärung der Schweiz bei ihrem Eintritt des Inhalts, dass sie entschlossen ist, ihre Politik der integralen Neutralität uneingeschränkt weiterzuführen, unerlässlich wäre.

Weit schwieriger und wahrscheinlich für Sie interessanter ist die Frage, ob wir überhaupt demnächst der grossen Weltorganisation am East River beitreten können. Dies ist eine Frage, die sich ausschliesslich an das Schweizervolk richtet. Die Regierung ist dafür, eine beachtliche Mehrheit wäre wohl in beiden Kammern unseres Parlaments zu finden, aber wie wird das Volk in der -- obligatorischen -- Abstimmung reagieren? Bisher herrschte die Meinung vor, dass mit einer sicheren Niederlage zu rechnen sei. Auch heute sind die Auguren nicht günstig. Dafür ist der Ruf der UNO in unserem Lande zu schlecht. Der

Schweizer ist ja nicht unorientiert. Er liest seine Zeitung täglich - sei es nun die NZZ oder das "Echo vom Brienersee", in der die Auslandsnachrichten immer auf den ersten Seiten erscheinen. (In der NZZ z.B. beginnen die Inlandnachrichten auf Seite 27 einer normalen Ausgabe.) Der Schweizer verbittet sich darum, belehrt zu werden; er hat seine Meinung; er weiss genau, was er von der UNO zu denken und zu halten hat. Dies ist nur ein kleines Streiflicht auf die ausserordentlich schwierigen Probleme, die sich für uns, die verantwortlichen Leute, stellen werden, wenn es einmal darum geht, die Volksabstimmung vorzubereiten. Wir rechnen heute mit Fristen von drei bis vier Jahren. Jedenfalls haben wir nicht im Sinn, Parlament und Oeffentlichkeit einen weiteren Bericht über das Verhältnis der Schweiz zur UNO vorzulegen; unser nächster Bericht wird ein Antrag auf Beitritt sein.

Eine Wandlung ist auch insofern eingetreten, als wir etwas davon abgekommen sind, auf den maximal günstigen Augenblick zu warten. Er wird wahrscheinlich nie kommen, dieser maximal günstige Augenblick. Wir sind heute eher bereit, auch das Risiko eines ersten Misserfolges zu laufen, dies in der Erwägung, dass die internationale Blamage, die ein negativer Volksentscheid bedeuten würde, in der Weltöffentlichkeit doch bald vergessen wäre. Wichtige Weichenstellungen brauchen bei uns immer etwas Zeit; man denke an das Frauenstimmrecht, das erst im dritten oder vierten Anlauf schliesslich bei der schweizerischen Männerwelt durchzubringen war.

Aber sprechen wir noch von einigen anderen Aspekten der neuen schweizerischen Aussenpolitik. Ich könnte hier zunächst eine lange Aufzählung der internationalen Spezialorganisationen geben, denen wir beigetreten und die meist Ableger der UNO sind. Es mag Ihnen genügen zu wissen, dass wir ausser dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank allen diesen Organisationen seit langem angehören. Aber wir haben und - dies ist vielleicht interessanter - auch den Schritt in die grosse Politik gewagt, und zwar durch unsere aktive Beteiligung an den Konferenzen von Helsinki, Genf und Belgrad, zur Vorbereitung der und im Anschluss an die Schlussakte von Helsinki. Wir taten dies in enger Zusammenarbeit mit unseren neutralen Freunden, namentlich Oesterreich, und teilweise auch den nichtverpflichteten Ländern Europas (Jugoslawien in erster Linie). Hier hat sich eine neue Dimension unserer Aussenpolitik eröffnet, die aktive Mitwirkung an Angelegenheiten, welche die Gesamtheit unseres Kontinents angeht und die nicht nur wirtschaftlicher Natur sind. Wie Sie wissen, sind diese unsere gemeinsamen Bemühungen keineswegs ohne Erfolg geblieben. Sie bieten gewissermassen ein gesamteuropäisches Gegenstück zu unserer aktiven Betätigung im Europarat, der für uns nicht zuletzt deshalb wichtig ist, weil wir natürlich der NATO, aber auch den Brüsseler Gemeinschaften wegen ihrer nach wie vor aufrechterhaltenen politischen Zielsetzung nicht angehören können. Auch im Europarat haben wir unsere österreichischen Freunde als emsig tätige Partner vorgefunden. Die politische Zusammenarbeit geht dort auf eine Initiative Ihres gegenwärtigen Herrn Bundespräsidenten zurück, und auch Herr Bundeskanzler Kreisky hat stets ein grosses Interesse für dieses Gremium

bewiesen. Und ich kann schliesslich auch die Abrüstung nicht unerwähnt lassen, die uns wie alle Bewohner dieser Erde aufs Intensivste beschäftigt. Dank Oesterreichs und anderer befreundeter Staaten Hilfsbereitschaft konnten wir unsere Ansichten zu diesem Thema der UNO-Sondersession wenigstens auf schriftlichem Wege bekanntgeben - dem einzigen, der einem Nicht-UNO-Mitglied offen steht. Diese Initiative ist - etwas zu unserer Ueberraschung - vom Schweizervolke, soviel wir sehen, einhellig gutgeheissen worden.

Zuletzt möchte ich einen schwierigen Aspekt unserer Aussenpolitik abhandeln, der, gerade weil er mit ihren teilweise neuen Aspekten im Zusammenhang steht, uns zu einer eigentlichen Gewissenserforschung nötigt. Wir sind, um es kurz auszudrücken, auf der Suche nach Verhaltenskriterien gegenüber den politischen Weltereignissen, insbesondere dann, wenn sie einen humanitären Aspekt haben. Es geschieht auf der Welt immer noch - und immer wieder - viel Schlimmes, das uns als Menschen erregt und bewegt. Die Menschenrechte zum Beispiel werden verletzt, und doch sind sie z.B. in der Schlussakte von Helsinki die wir alle unterschrieben haben, feierlich verbrieft. Inwieweit soll sich unsere Regierung den heftigen und ungeschminkten Reaktionen der öffentlichen Meinung auf die Verletzung von Menschenrechten anschliessen? Solche Fragen werden von uns zurzeit "in camera caritatis" intensiv besprochen, ohne dass wir bisher zu klaren und eindeutigen Schlüssen gelangt wären. Soviel ist gewiss, dass eine betont diskrete Aussenpolitik den Wirkungsmöglichkeiten der Neutralität in der Vergangenheit sehr zustatten gekommen ist. Hier die Rückblende auf die

Tätigkeit des IKRK, die ich ankündigte. Das IKRK bezieht ganz grundsätzlich, eben weil es einen maximalen Beitrag an die Linderung menschlicher Leiden leisten will, keine Stellung zur Politik der Länder, in denen es tätig ist. Auch der blutrünstigste Diktator kann gewiss sein, dass seine Handlungen vom IKRK unkommentiert bleiben; dem Roten Kreuz geht es einzig und allein darum, etwas für die Opfer seiner Untaten zu tun. Dies aber ist nur durch konsequente Diskretion und Verzicht auf jede politische Meinungsäußerung möglich.

Sehr ähnlich hat auch der schweizerische Staat sich bisher verhalten. Ausnahmen sind zwar vorgekommen, von denen die Ereignisse in Ungarn 1956 und in der Tschechoslowakei 1968 die eklatantesten waren. In solchen Fällen hat der Bundesrat sich gewissermassen zum Sprecher der aufgewühlten Volksseele gemacht und, zwar in gemessener Form, aber doch deutlich seine Sympathie mit den Reaktionen unseres Volkes demonstriert.

Auch haben wir grundsätzlich die Politik der Apartheid verurteilt; aber wir haben keinerlei sonstige Konsequenzen aus dieser Stellungnahme - mit Ausnahme des seit 1963 wirksamen Waffenausfuhrverbotes nach Südafrika - gezogen. Die Verletzung der Menschenrechte, wie sie nun gerade in Osteuropa aktuell ist, stellt uns vor eine neue Situation. Die Schlussakte von Helsinki, in der die Respektierung

der Menschenrechte als eines der leitenden Prinzipien erwähnt ist, geben uns einen quasi-Rechtsanspruch gegenüber allen anderen Signatarstaaten in die Hand, gemäss ihrer Unterschrift zu handeln. Wollen wir uns auf diesen - juristisch umstrittenen - Titel berufen und auch von Amtes wegen unsere Meinung jedem "Rechtsbrecher" gegenüber unverblümt aussprechen? (Unsere Zeitungen tun es ohnehin und sind natürlich frei, es zu tun.) Oder wollen wir vielmehr auch hier unsere sonst sozusagen immer geübte Zurückhaltung weiter beobachten? Die Begründung dafür wäre, ganz wie im Falle des IKRK, fremde Regierungen nicht nutzlos zu irritieren - und zwar auch solche, deren Schlechtigkeiten und Ungerechtigkeiten ausserhalb des Bereiches der Schlussakte von Helsinki begangen werden - und dafür unsere Wirkungsmöglichkeiten im Interesse leidender Menschen ungeschmälert zu erhalten. Wir würden gewissermassen unsere Entrüstung herunterschlucken, auf die kurzfristige Befriedigung spontaner Bedürfnisse der menschlichen Seele - auch der Amtsseele - die der drastische Ausdruck erregter Gefühle bereitet, verzichten, mit Rücksicht auf ein langfristiges Kalkül des aussenpolitischen Realismus. Aber ist etwas anderes als eine volkstümliche Aussenpolitik, ich meine eine Aussenpolitik nach den Regeln der Kunst - de lege artis - gestützt auf die Staatsräson und nur auf sie, heute überhaupt noch möglich? Fragen über Fragen! Vielleicht auch - und hier hätte ich gern Ihre Ansicht gehört - ist unser Handlungsspielraum grösser, als wir glauben. In Osteuropa (oder in der kommunistischen Welt überhaupt) gibt es ja so etwas wie den "Staat und die Kirche". Auf kritische Aeusserungen neutraler

Regierungen würden möglicherweise die Ideologen der angesprochenen Länder - die Vertreter der "Kirche" - heftig reagieren, der "Staat" aber, d.h. die Regierung könnte sehr wohl derartige Kritiken gleichmütig als eine Art selbstverständliches Ritual hinnehmen und sich nicht davon abhalten lassen, der anderen Regierung gegenüber weiter eine Politik des "business as usual" zu betreiben. Bei anderen Ländern wie z.B. der lateinamerikanischen Welt wäre ich in dieser Hinsicht jedenfalls weniger beruhigt.

Die eben genannten Erwägungen haben für uns im übrigen noch eine andere, ebenfalls in die Zukunft weisende Seite. Wie werden wir uns eigentlich - so lautet die Frage - zu den politischen Sachgeschäften der UNO verhalten, wenn wir einmal Mitglied sind? Wir können uns dort wohl kaum in einen grundsätzlichen Absentismus, in einen Verzicht auf die Abgabe unserer Stimme, flüchten, nur weil wir neutral sind. Wir wissen, dass Oesterreich dies nicht tut, und das Stellung-beziehen-Müssen auch in weltpolitisch heiklen Fragen keineswegs als lästige Fron empfindet. Auch von dieser Seite her wird die traditionell diskrete schweizerische Aussenpolitik somit vor neue Aufgaben gestellt sein. Ganz unvorbereitet wären wir im übrigen nicht. An sich sehr zu unserem Verdruss sind ja mehr und mehr die UNO-Spezialorganisationen, denen wir - mit Ihnen - angehören, "politisiert" worden, in dem Sinne, dass dort brisante Probleme - meist mit Bezug auf Israel oder Südafrika - als Vorfragen oder Resolutionsvorschläge auftreten, die der eigentlichen Zweckbestimmung der betreffenden Organisationen wesensfremd sind. Auch wir scheuen in

solchen Fällen vor einer offenen Stellungnahme nicht zurück und befinden uns dann in aller Regel an der Seite Oesterreichs.

Der Angewöhnungsprozess an den Sprung in grössere weltpolitische Zusammenhänge - den wir weltwirtschaftlich schon vor fast zwei Jahrhunderten getan haben, ist also in vollem Gange. Er führt uns - sie hörten es - zu nachdenklichen Ueberlegungen. Mit einem Hinweis auf sie möchte ich meine Rede beenden; denn gerade weil sie nachdenklich sind, erweisen sie deutlich, dass wir der Zukunft unserer Aussenpolitik offenen Sinnes gegenüber treten.